



Pressemitteilung vom 11. Juni 2020 - Sperrfrist 12.00 Uhr

dbb sh sieht Potential nicht ausgeschöpft: Mit Wumms rein in die zeitgemäße Verwaltung

Wie wäre es, wenn die Bürger nicht für alle Sozialleistungen isolierten Verwaltungsverfahren ausgesetzt wären? Und wenn der Existenzgründer oder Bauherr sich nicht mit etlichen Behörden abstimmen müsste? dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp: „Es fehlt an Visionen und vor allem an einem politisch gesteuerten Prozess, um mehr Bürgerorientierung und mehr Verwaltungsvereinfachung zu erreichen. An der Kompetenz und der Bereitschaft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mangelt es dagegen nicht.“

„Genau genommen verstoßen wir täglich gegen die Landesverfassung“, legt Tellkamp nach. Danach haben sich die Organisation der Verwaltung und die Ausgestaltung der Verwaltungsverfahren an den Grundsätzen der Bürgernähe, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit zu orientieren. „Doch davon sind wir meilenweit entfernt“. Es fehle der Blick auf das Ganze und eine ergebnisorientierte Steuerung. Die Beschränkung von Reformaktivitäten auf einzelne Dienststellen oder Aufgaben führe nicht zum gewünschten Erfolg. Dabei stoße man ständig an die Grenzen von Zuständigkeiten und auf Widerstände wegen drohender Kompetenz- und Ressourcenverluste. „Das ist übrigens auch ein Grund dafür, dass die Digitalisierungsprozesse im öffentlichen Dienst eher schleppend vorankommen“.

An nur einigen Beispielen wird das Optimierungspotential deutlich:

- Warum wird eine Einkommenserhebung von den verschiedensten Stellen vorgenommen, um Ansprüche oder Forderungen zu prüfen?
- Warum gibt es keine einheitliche Personennummer z.B. wie die Steuer-Identifikationsnummer, die jeden bei allen Verwaltungen eindeutig identifiziert und Datenaustausch zulässt?
- Warum müssen Bürger für ein und denselben Lebenssachverhalt mehrere Behörden aufsuchen? Wenn zum Beispiel ein Kind auf die Welt kommt, ein Umzug erfolgt oder ein Geschäft eröffnet wird, sollten die damit verbundenen Anliegen über eine Schnittstelle erledigt oder koordiniert werden.
- Warum werden Schulen und Lehrkräften nicht überall optimale Rahmenbedingungen geboten? Eine unzureichende bzw. von

Muhliusstr. 65
24103 Kiel

Kontakt: Kai Tellkamp

Telefon: 0431.67 50-81
Fax: 0431.67 50-84
Mobil: 0177.6563914
E-Mail: tellkamp@dbbsh.de
Web: www.dbbsh.de

Presse
dienst

der Kassenlage abhängige unterschiedliche Ausstattung darf nicht sein.

- Warum gibt es keinen strategischen Prozess, an einer beständig verständlicheren Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung zu arbeiten? Bedarf besteht nicht nur bei Sozialleistungen sondern zum Beispiel auch bei Abgabenbescheiden oder Ordnungsverfügungen.
- Warum wird nicht hinterfragt, ob unsere Behördenstruktur sowie die Aufgabenverteilung noch zeitgemäß ist? Die Erwartungen an den öffentlichen Dienst sowie Digitalisierungsprozesse würden dies rechtfertigen.
- Warum wird der „Verwaltungsakt“ eigentlich 19 Mal definiert - in den Landesverwaltungsgesetzen, im Bundesverwaltungsgesetz, im Sozialgesetzbuch und in der Abgabenordnung?

Auch aus Sicht des dbb sh kann natürlich nicht alles auf einmal realisiert werden. Dennoch sei „Wumms“ erforderlich – weil es sich um einen politischen Kraftakt handelt, der entsprechende Führung erfordert. Zudem könne in Schleswig-Holstein nicht alles allein entschieden werden. Aber es können Ziele entwickelt und Impulse gegeben werden.

Der dbb sh ist überzeugt, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mitziehen würden. Denn es ist ihr Anspruch, öffentliche Dienstleistungen möglichst verständlich, unkompliziert und zielgerichtet zu erbringen. Nur stoßen sie viel zu oft an Grenzen, die durch praxisferne Vorgaben und unzureichende Ressourcen gesetzt werden.

Die unbefriedigende Zwischenbilanz sollte jedenfalls nicht zum Anlass genommen werden, teure Beratungsunternehmen zur Hilfe zu holen. „Das funktioniert selten“, weiß Tellkamp. „Die Beschäftigten verfügen über ein hervorragendes Know-how – man muss es nur nutzen“.